

Sessionsvorschau auf einen Blick

Frühjahrsession 2017 | 27. Februar bis 17. März

Die *plattform* vertritt die gemeinsamen politischen Interessen von Angestellte Schweiz, des Kaufmännischen Verbandes, der Schweizer Kader Organisation SKO und der Zürcher Gesellschaft für Personal-Management (ZGP) gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Zusammen vertreten diese Verbände die Anliegen von rund 80000 Mitgliedern in bildungs-, wirtschafts- und angestelltenpolitischen Themen. Ziel ist es, übergeordnete politische Interessen zu bündeln und konsensorientierten und kompromissfähigen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Vorschau im Überblick

DATUM	BEIDE RÄTE	EMPFEHLUNG
Ab 28.2.2017	14.088 Geschäft des Bundesrates. Altersvorsorge 2020. Reform	Kompromiss beschlossen
STÄNDERAT		
6.3.2017	15.088 Geschäft des Bundesrates. Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Bundesgesetz	Annahme
14.3.2017	16.055 Geschäft des Bundesrates. Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Änderung	Annahme

Beide Räte

Ab 28.2.2017 im NATIONAL- und STÄNDERAT

14.088 Geschäft des Bundesrates.

Altersvorsorge 2020. Reform

Die Plattform fordert das Parlament auf, die für eine kompromissfähige Reformvorlage erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Die vom Nationalrat beschlossene Ausgestaltung der Reform der Altersvorsorge 2020 resp. die von der SGK-N vorgeschlagene Lösung muss korrigiert werden, um zu vermeiden, dass das Reformpaket Schiffbruch erleidet oder bei einer Volksabstimmung keine Mehrheiten erhält. Im Zentrum muss stehen, eine ausgewogene Reformvorlage zu schnüren und diese mehrheitsfähig auszugestalten. Einerseits muss die Kompensation der Rentenverluste in der 2. Säule aufgrund der Senkung des Umwandlungssatzes zielgerichtet und kostengünstig ausgestaltet werden. Ebenso muss eine Modernisierung des Koordinationsabzuges erreicht werden, um auch eine Verbesserung des Versicherungsschutzes in der 2. Säule für Teilzeitarbeitende zu ermöglichen. Das Reformprojekt darf jedoch nicht durch eine an einen AHV-Stabilisierungsmechanismus gekoppelte Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre gefährdet werden. Die Finanzierung des Reformprojektes resp. der AHV über eine Erhöhung der MWST muss den AHV-Fonds mittelfristig substanziell entlasten können. Die Plattform verlangt von den Parlamentariern, dass sie eine mehrheitsfähige Reform beschliessen, die vor dem Volk eine Chance hat und unser Sozialversicherungssystem sichert.

Ständerat

6.3.2017

15.088 Geschäft des Bundesrates.

Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Bundesgesetz

Die Plattform empfiehlt die Annahme der Vorlage – sie ermöglicht eine zielgerichtet Fortführung der bewährten Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Der Bekämpfung der Schwarzarbeit ist von grosser Bedeutung. Schwarzarbeit schwächt nicht nur Fiskus und Sozialversicherungen, sondern beeinträchtigt auch die soziale Absicherung der auf diese Weise Beschäftigten. Die Folgekosten sind direkt oder indirekt von der Allgemeinheit zu tragen. Schwarzarbeit führt zur Verzerrung von Wettbewerbsbedingungen und unfairer Konkurrenz. Aus diesen Gründen begrüssen wir die vorgeschlagene Revision zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Zentral erachten wir dabei, dass beim vereinfachten Abrechnungsverfahren der Personenkreis auf Angestellte in Privathaushalten beschränkt wird. Es kann nicht Sinn und Zweck dieses Verfahrens sein, z.B. durch organisatorische Ausgliederung bestimmter Tätigkeiten Personen Steuervorteile zu verschaffen, die gar nicht zur Zielgruppe gehören. Ein ebenfalls wichtiger Bestandteil in der Bekämpfung der Schwarzarbeit sind die Kontrollmöglichkeiten der Behörden. Die Kontrollorgane sollen den zuständigen Behörden auch Verstösse ausserhalb ihres Kontrollgegenstandes (z.B. gegen allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge) melden können, wenn sie entsprechende Anhaltspunkte feststellen.

14.3.2017

16.055 Geschäft des Bundesrates.

Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Änderung

Die *plattform* empfiehlt die Annahme des Geschäfts – die Massnahmen tragen wesentlich zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei und sind auch aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll.

Die *plattform* befürwortet die beiden in der Vorlage vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen, erstens die Finanzhilfen für die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung und zweitens die Finanzhilfen für Projekte zur besseren Abstimmung des familienergänzenden Betreuungsangebotes auf die Bedürfnisse der Eltern. Beide Massnahmen tragen zu einer erhöhten Vereinbarkeit von Beruf, Familienleben und Weiterbildung bei, wovon insbesondere die zahlreichen Teilzeitangestellten profitieren. Des Weiteren fördern die Änderungen die Gleichberechtigung und legen die Grundlage für eine höhere Erwerbsquote insbesondere bei Frauen, was das Ausschöpfen des inländischen Arbeitskräftepotenzials unterstützt. Dies führt auch zu einer höheren gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, einem höheren Steuersubstrat und zu zusätzlichen Einnahmen bei den Sozialversicherungen. Ein Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung ist deshalb nicht nur aus gesellschaftspolitischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen sinnvoll. Während der letzten Session hat der Ständerat bereits gezeigt, dass die vorgeschlagenen Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung von Bedeutung sind. Entgegen der Empfehlung seiner Kommission ist er auf das Geschäft eingetreten. Für die *plattform* ist dieser erste Entscheid positiv. Die Detailberatung soll in eine Richtung gehen, die zu einer Verstärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie führt. Der Nationalrat, der das Geschäft während der Sondersession voraussichtlich behandeln wird, soll ebenfalls auf das Geschäft eintreten.

Weitere Auskünfte

Angestellte Schweiz:

Christof Burkard, Stv. Geschäftsführer
044 360 1111
christof.burkard@angestellte.ch

Kaufmännischer Verband:

Christian Zünd, CEO
044 283 45 80
christian.zuend@kfmv.ch

Schweizer Kader Organisation SKO:

Jürg Eggenberger, Geschäftsführer
043 300 50 66
j.eggenberger@sko.ch

ZGP Zürcher Gesellschaft für Personal- Management:

Matthias Mölleney, Präsident
044 940 63 23
matthias.moelleney@zgp.ch